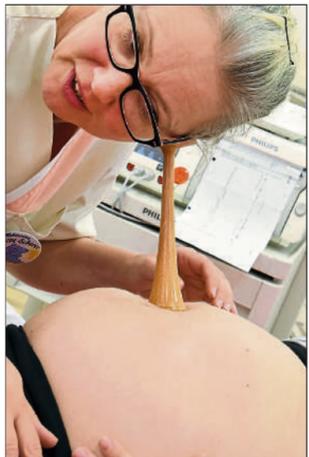


Neuer Lehrstuhl für Hebammenkunde an der OTH geplant

Der Chamer Landrat und oberpfälzische Bezirkstagspräsident Franz Löffler (CSU) und die Regensburger Landrätin Tanja Schweiger (FW) wollen an der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) in Regensburg einen Lehrstuhl für Hebammenkunde implementieren. Ziel der beiden Kommunalpolitiker ist, wieder mehr junge Frauen für den Beruf der Hebamme zu begeistern. Es herrsche in der gesamten Oberpfalz eine Versorgungslücke, die junge Eltern insbesondere vor und nach einer Entbindung bemerkten, hob Löffler hervor. „Das ist nicht zufriedenstellend, und dieses Thema bewegt uns natürlich“, so Franz Löffler und Tanja Schweiger übereinstimmend.

Der Ansatz der beiden betrifft zum einen die Qualifizierung des Berufsbilds, zum anderen die Regionalisierung. So wolle man den Beruf der Hebamme – ähnlich wie in der Pflege – durch die Akademisierung attraktiver machen sowie die Ausbildung zur Hebamme in Ostbayern ermöglichen.

Die bestehenden Fachschulen für Hebammenkunde sind allesamt nicht im ostbayerischen Raum angesiedelt. Löffler und Schweiger sehen darin auch einen Grund, warum in der Region Hebammen fehlen. Beide halten Regensburg für einen geeigneten Standort für den zukünftigen Lehrstuhl und haben dies in einem gemeinsamen Schreiben Mitte Oktober 2017 an Bayerns Bildungsstaatssekretär Bernd Sibler (CSU) vorgeschlagen. Für Regensburg spreche, dass hier mit der Klinik St. Hedwig und den Universitätslehrstühlen für Frauenheilkunde und Geburtshilfe sowie für Kinder- und Jugendmedizin bereits gute Partner zur Verfügung stünden.



In der Oberpfalz herrscht ein Mangel an Hebammen. Werdende Mütter sind besorgt. FOTO DPA

Tanja Schweiger betonte, wie gut die OTH bereits jetzt mit Kliniken der Region vernetzt sei: „Es ist ein enges Miteinander.“ Mit den Studiengängen für Physiotherapie, Logopädie, Pflege und Sozialwissenschaften sei in Regensburg schon vieles verfügbar, das mit der Hebammenkunde gut zusammenpasse, so die Landrätin.

In seinem Antwortschreiben auf die Bitte der beiden Kommunalpolitiker verwies Bernd Sibler auf einen „Zwischenstand in der Entscheidungsfindung“ und lobte das eigene Haus: „Das Ministerium arbeitet hart und verbindlich an einem Modellversuch an einer Hochschule.“ Innerhalb eines halben Jahres wolle man das Ergebnis vorlegen. Es gebe insgesamt fünf Interessensbekundungen von Hochschulen, so Sibler. „Regensburg ist sicher gut aufgestellt. Ich weiß aber noch nicht, ob es Regensburg wird“, dämpfte er allzu große Erwartungen aus der Bezirkshauptstadt. Man habe jedoch seitens der bayerischen Staatsregierung „großes Interesse daran, den Beruf der Hebamme weiterzuentwickeln“, versicherte der Staatssekretär. „Außerdem gehe es angesichts steigender Geburtenzahlen in Bayern auch um die Versorgungssicherheit der jungen Eltern wie der Neugeborenen.“

> MARTINA HIRMER



Vor dem neuen Kulturhaus des Bezirks Mittelfranken in Stein: Die Leiterin der Trachtenforschungs- und -beratungsstelle des Bezirks Mittelfranken, Katrin Weber, und Bezirkstagspräsident Richard Bartsch. FOTO WRANESCHITZ

Mittelfrankens Bezirkstagspräsident Richard Bartsch über das neue Kulturhaus in der Gemeinde Stein

„Wir wollen Brücken schlagen“

Seit dem 14. Juli 2017 betreibt der Bezirk Mittelfranken sein eigenes Kulturhaus. Das umfangreich renovierte historische Gebäude aus dem frühen 19. Jahrhundert ist die erste Einrichtung des Bezirks im Landkreis Fürth. Gleich drei Einrichtungen sind dort fortan untergebracht.

BSZ Herr Bartsch, bei Kultur denkt man unächst nicht an den Bezirk, sondern an Privattheater, Musikveranstalter, städtischen oder staatlichen Bühnen. Was ist kulturelle Pflichtaufgabe für den Bezirk Mittelfranken?

BARTSCH Pflicht ist für die Bezirke die Förderung der Regionalkultur. Das ist quasi die politische Begründung für die Bezirke. Nicht nur bei uns zeigen die Dörfer und Städte jeweils ihre örtliche Kultur. Überregionales gibt es natürlich hier auch: Der Kulturtempel Deutschlands steht bekanntlich in Nürnberg mit dem Germanischen Nationalmuseum, die bayerische Kultur ist beispielsweise in den Schlössern zu sehen. Dazu kommen die regionalen Kulturerfahrungen der sieben Bezirke.

BSZ Können Sie für Mittelfranken bitte einige Details nennen?

BARTSCH Da gibt es zunächst einmal die Beratung durch die Bezirksheimatpflege. Sie fördert verschiedenste Kulturbereiche und besondere

Aktivitäten, beispielsweise die Denkmalprämierung. Dann haben wir klassische eigene Einrichtungen wie das Fränkische Freilandmuseum des Bezirks Mittelfranken in Bad Windsheim. Und wir sind beteiligt an der Burg Abenberg, am Jüdischen Museum Franken in Fürth, Schnaittach und Schwabach.

BSZ Das Kulturhaus Stein soll ein Ort der kulturellen Vielfalt und Information, des Austausches und der Bildung werden. Was bedeutet das genau?

BARTSCH Vielfalt bedeutet einmal: Es sind hier gleich drei Einrichtungen des Bezirks Mittelfranken in dem Gebäude untergebracht: Die Trachtenforschungs- und -beratungsstelle, sowie das Büro unseres Musikfestivals „fränkischer sommer“. Das Kulturreferat hat Raum für ein Büro. Außerdem hat der Populärmusikberater des Bezirks Mittelfranken dort seinen Platz gefunden. Dieser hat ohnehin räumlich nicht so gut nach Ansbach in Westmittelfranken ge-

passt. Besser ist er in der Nähe des Großraums aufgehoben. All das ist Information der Bevölkerung, wie übrigens auch die Volksmusikberatung. Aber diese wird in Offenheim gemeinsam für alle drei fränkischen Bezirke geleistet. Und sie bleibt auch dort angesiedelt.

BSZ Wie kam es zur Zusammenlegung?

„Mit Bus und Bahn nun besser zu erreichen“

BARTSCH Ausgangspunkt war der Personalwechsel bei der Trachtenberatung. Wir brauchten mehr Platz. Die Exponate wurden bisher im Privathaus der bisherigen Mitarbeiterin aufbewahrt. Wir hätten uns sonst anderswo einmieten müssen. Die Stadt Stein liegt zentral in Mittelfranken. Und genau hier konnte uns der Bürgermeister ein denkmalgeschütztes Haus anbieten. Motto: Wenn man es herrichtet, könnt Ihr es mieten. Mit Leader-Förderung aus EU-Mitteln war die Renovierung möglich. Und wir haben es nun für 25 Jahre gemietet. Positiv ist, dass es verkehrsgünstig liegt, mit Bus, Bahn und U-Bahn leicht zu erreichen ist,

und Parkplätze gibt es dort auch.

BSZ Wie haben die Mitarbeiter auf den neuen Dienort reagiert?

BARTSCH Die älteren Mitarbeiter haben es positiv aufgenommen und sagten, der Standort sei gut auf die Kundschaft ausgelegt. Sie sagten auch, das denkmalgeschützte sanierete ist besser als ein neues Gebäude aus Beton; also ist es wirklich ein Glücksfall. Und die neue Trachtenberaterin ist aus Niederbayern zugezogen. Außerdem bietet sich die Chance, dass Populärmusik und „fränkischer sommer“ mehr miteinander kommunizieren. Und im Haus selbst können Besprechungen bis 20 Personen stattfinden, Seminare für kleinere Gruppen sowie kleine Ausstellungen: Alles ist hier nun möglich; bisher war das nicht so.

BSZ Welche Wirkung nach außen soll das Kulturhaus entfalten?

BARTSCH Einmal fällt das Organisieren über die Bereiche hinweg leichter. Nehmen wir den Trachtenmarkt Greding am 1. und 2. September 2018: Dieser wirkt für ganz Bayern und wird aus dem Kulturhaus mit organisiert. Auch wollen wir von hier aus Brücken schlagen, zum Beispiel um Menschen mit Behinderung und Kultur zusammenzubringen.

Interview: HEINZ WRANESCHITZ

INFO „Unsere Erwartungen an den künftigen Ministerpräsidenten Söder“



Von Richard Bartsch, Präsident des Bezirkstags von Mittelfranken.

Zunächst wünschen wir uns, dass Markus Söder, der designierte Ministerpräsident des Freistaats Bayern, seine bisherige politische Linie den Bezirken gegenüber beibehält. Seit er CSU-Generalsekretär war, hat er auch in allen Staatsämtern die dritte kommunale Ebene unterstützt. Seit dem Kommunalwahlkampf 1990 kenne ich den künftigen Ministerpräsidenten und durfte zehn Jahre sein Partner im Stimmkreis Nürnberg-West sein. Da lernt man einen Parteifreund kennen und schätzen.

Dann wünschen wir uns, dass er am 1. Juli 2018 zum Tag der Franken nach Ansbach kommt. Er hat in den letzten Jahren schon immer diese Veranstaltung in Mittelfranken besucht. Das neue Motto „Essen in Franken“ in Verbindung mit einem neuen Ministerpräsidenten wird sicherlich viele Besucher in die mittelfränkische Bezirkshauptstadt bringen.

Wir erwarten auch eine höhere finanzielle Beteiligung des Freistaats an dieser Veranstaltung, die wir durch Beschluss des Bayerischen Landtags übertragen bekommen haben. Wir hoffen ferner auf ein stärkeres finanzielles Engagement des Freistaats Bayern in den kulturellen Einrichtungen der Region. Das Jüdische Museum Franken leidet seit vielen Jahren unter eklatantem Geldmangel. Leider ist in diesem Jahr die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge nicht so ausgefallen, dass sorgenfrei gearbeitet werden kann. Der Frei-

staat Bayern müsste mittelfristig das Jüdische Museum Franken mit seinen Standorten Fürth, Schnaittach und Schwabach übernehmen.

Auch in seiner neuen Funktion werden wir ihn mit unseren Änderungswünschen zum Finanzausgleich überzeugen wollen. Dazu zählt die Einbeziehung des Sozialhilfeausgleichs für die Bezirke nach Art. 15 FAG in den allgemeinen Steuerverbund. Dadurch würde eine Gleichbehandlung der Bezirke mit den Gemeinden und Landkreisen und eine Verstärkung der finanziellen Beteiligung des Freistaats Bayern an den bezirklichen Sozialleistungen eingeführt werden.

Wir wünschen uns eine Unterzeichnung einer Vereinbarung zum Belastungsausgleich UMA-Altverfahren (Unbegleitete minderjährige Asylbewerber) auch durch den Freistaat Bayern und die Übernahme der Kosten von 39

Millionen Euro, die über einen internen Ausgleich unter den Bezirken hinausgehen, durch den Freistaat.

Darüber hinaus wünschen wir uns eine Fortschreibung und Erhöhung der finanziellen Beteiligung des Freistaats Bayern an den Kosten der volljährigen UMAs ab dem Haushaltsjahr 2019. Für die ältere Generation wünschen wir uns deutliche Impulse für eine Aufwertung der Pflege und bessere Entgelte in der Geriatrie, wo die Pflegebedürftigkeit gelindert oder vermieden wird. Reha vor Pflege muss besser honoriert werden. Bei der Vermeidung von Pflegebedürftigkeit müssen höhere Renditen erzielt werden als in der Pflege. Den Pflegekräften muss eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung entgegengebracht werden. Dann lernen auch mehr Männer diesen Beruf, wenn auch noch die Entlohnung mit andern Branchen vergleichbar ist.

KOMMENTAR

Was Pflege braucht

VON ULRICH LECHLEITNER

Um Pflegekräfte anzuwerben, zahlt das städtische Klinikum in München eine Prämie von bis zu 8000 Euro pro neuem Mitarbeiter. So schlicht, wie es auf diese Weise in den Medien zu lesen war, so dramatisch ist in Wahrheit die Lage in der Pflege. Vor einigen Jahren startete das bayerische Sozialministerium seine Herzwerker-Kampagne.

Auch der Bayerische Bezirkstag war und ist hier Partner. Ziel sollte es sein, junge Menschen für den Beruf des Pflegers und der Pflegerin zu gewinnen. Es galt, den Beruf nicht als Job zu verstehen, sondern als Berufung. Doch was wurde daraus? Man hat zu lang nichts mehr von dieser Kampagne gehört. Pflege ist mehr als nur Broterwerb, sie ist ein zutiefst auch ethischer Anspruch. Aber Pflege überfordert nicht selten diejenigen, die sie leisten – in einem Arbeitsalltag, der geprägt ist von harter körperlicher und mentaler Arbeit. Tag für Tag, Nacht für Nacht.

Ja: Pflege wird immer noch viel zu schlecht bezahlt, aber das allein erklärt die Personalnot nicht. Es ist vor allem ein Image-Problem. Pflegen, für andere, meist alte, kranke oder gar sterbenskranke Menschen da zu sein, sich nicht selten aufzuopfern, das erfordert eben mehr, als bloße Dienst-Erfüllung. Andere zu betten, zu füttern – das steht auf der Rangskala des Erstrebenswerten für junge Menschen in der Regel ganz unten. Deshalb muss genau da angesetzt werden. Pflege braucht Achtung, Respekt, Wertschätzung. 8000 Euro pro Interessenten – das mag ganz aktuell ein Anreiz sein. Mehr aber auch nicht.

Bezirk Oberfranken: Direktor Rudolf Burger geht in Rente

Nach 17 Jahren als Direktor der oberfränkischen Bezirksverwaltung wurde Rudolf Burger kürzlich offiziell in den Ruhestand verabschiedet. Bezirkstagspräsident Günther Denzler lobte seine „stets pflichtbewusste und verantwortungsvolle Arbeit an der Spitze der Bezirksverwaltung“.

Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Erlangen war Burger als Rechtsreferendar in Nürnberg, Ansbach und Speyer sowie als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Erlangen tätig. Doch schon bald zog es ihn zurück in seine Geburtsstadt Bayreuth, wo er bei der Regierung von Oberfranken als Regierungsrat seine Verwaltungslaufbahn begann. Es folgte ein Wechsel zum Landratsamt Bayreuth, wo er die Sozialabteilung leitete. Nach seiner Rückkehr zur Regierung folgten Leitungspositionen in den Sachgebieten Ausbildung der Rechtsreferendare, Haushalt und Personal. 2001 wechselte Burger in die Kommunalverwaltung, wurde Direktor der Bezirksverwaltung.

„In den zurückliegenden Jahren konnten wir gemeinsam viele Herausforderungen meistern“, blickte Denzler in seiner Laudatio zurück. Beispielhaft nannte er den Umzug der Bezirksverwaltung in die Cottenbacher Straße, die schwierigen Zeiten der Haushaltskonsolidierung und die Ausgründung des Kommunalunternehmens. „Ich bin stolz und dankbar, dass ich den Bezirk bei solchen Meilensteinen der Entwicklung unterstützen konnte“, so Rudolf Burger. Er bedankte sich bei Denzler, den Bezirksräten und seinen Mitarbeitern in der Verwaltung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. > CHRISTIAN PORSCH